

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Eine vorausschauende Wirtschaftspolitik aktiv gestalten – Zur Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa beitragen

Der Landtag wolle beschließen:

Das Saarland ist Industrieland im Strukturwandel. Mit unserer deutschlandweit einzigartigen Branchenkonzentration in der Automobilbranche und dem Metallgewerbe einschließlich Stahl sind wir wie kein anderes Bundesland von der aktuellen Wirtschaftskrise und Deindustrialisierung betroffen. Viele Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel oder sind schon verloren gegangen.

Bei der Beschäftigung ist das Saarland inzwischen bundesweites Schlusslicht: Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2024 liegt das Saarland auf dem letzten Platz in Deutschland. Dieser Abwärtstrend setzt sich weiter fort: Seit Jahresanfang stagniert die Arbeitslosigkeit bei 7,5 Prozent; die übliche Frühjahrsbelebung bleibt im Saarland aus, so die Bundesagentur für Arbeit (Presseinfo der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland vom 28. März 2025).

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Saarland im Jahr 2024 um 1,9 Prozent eingebrochen (Pressemitteilung des Statistischen Landesamts vom 28. März 2025). Damit hat sich das Saarland auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung auf den letzten Platz aller Bundesländer verschlechtert. Der Rückstand zum Bund, der sich seit Jahren kontinuierlich verschlimmert, erreicht einen weiteren Tiefpunkt. Die Schere wird ständig größer.

Das unterstreicht: Die Deindustrialisierung ist in vollem Gang und trifft uns im Saarland besonders hart. Wir fallen immer weiter zurück. Geht es so weiter, kann dies existenzbedrohend für unser Land werden. Eine Wirtschaftswende ist deshalb überfällig. Dabei darf es nicht nur darum gehen, bestehende wirtschaftlichen Strukturen zu erhalten. Das Saarland braucht vielmehr eine mutige, aktive, vorausschauende und gestaltende Wirtschaftspolitik. Dazu gehört auch, die Chancen, die sich durch neue Entwicklungen ergeben, zu erkennen und zu nutzen.

Die neue Bundesregierung beabsichtigt, ein Finanzpaket für Verteidigungsausgaben in nie dagewesener Höhe auf den Weg zu bringen. Dieses dient unter anderem dazu, die Verteidigungsindustrie in Deutschland massiv auszubauen. Das bietet uns die Chance, dem Saarland als Industriestandort eine positive Wende zu geben. Als Industrieland haben wir Werke, Flächen und Facharbeiter – das ist ein klarer Standortvorteil. Wir sind durch unsere Wirtschaftsstruktur sowie auch durch unsere geografische Lage prädestiniert.

Das sieht auch die größte Bank unseres Landes so: Die SaarLB hat vor Kurzem die Verteidigungsindustrie als „Riesen-Chance für das Saarland“ bezeichnet (Saarbrücker Zeitung vom 19. März 2025). Und das Deutsche Bank Research Institute sieht die schrumpfende Automobilindustrie in Deutschland als möglichen Schlüsselfaktor zum Hochlauf der Verteidigungsindustrie („Germany’s shrinking auto industry may be key to defence ramp up“, Deutsche Bank Research Institute vom 31. März 2025). Dafür erforderlich sind jedoch politische Steuerung, regionale Konzepte und gezielte industriepolitische Instrumente.

Verteidigungsfähigkeit bedeutet heute nicht nur klassische Rüstung, sondern auch das Erfordernis, sich gegen digitale Bedrohungen zu wappnen. Hier hat das Saarland bereits Forschungseinrichtungen auf Welt-Niveau, etwa mit dem CISPA-Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit. Zudem verfügt das Saarland über einen Standort des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Cybersicherheitsbehörde des Bundes. Diese Stärken können und sollten genutzt werden, um das Saarland zu einem Leuchtturm für die Gefahrenabwehr im digitalen Raum zu machen.

Die sicherheitspolitische Zeitenwende infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat sich durch die geopolitischen Entwicklungen, insbesondere durch den Regierungswechsel in den USA, weiter erheblich verschärft. Aufgabe des Staates ist es deshalb, unsere Gesellschaft auf die grundlegend veränderte sicherheitspolitische Lage vorzubereiten, die Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche hat. Auch das Saarland muss im Rahmen seiner (Regelungs-) Kompetenzen dazu beitragen.

Indem wir unsere saarländischen Standortvorteile gezielt für die Verteidigungsindustrie nutzen, leisten wir nicht nur einen Beitrag für das Gelingen des Strukturwandels, sondern auch zur Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- gemeinsam mit allen relevanten Akteuren – Industrie, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Forschung sowie Landes- und Bundespolitik – zeitnah einen Verteidigungs-Gipfel im Saarland zu initiieren mit dem Ziel, die Potenziale, Voraussetzungen und strategischen Notwendigkeiten für den Ausbau verteidigungsbezogener Technologien und Fertigungskapazitäten im Saarland offen zu erörtern und daraus konkrete nächste Schritte abzuleiten;
- gezielt auf deutsche und europäische, insbesondere auch französische, Verteidigungs- und Hochtechnologieunternehmen zuzugehen und strategische Ansiedlungsgespräche zu initiieren;

- ein landeseigenes Standort- und Ansiedlungskonzept für verteidigungsrelevante Industrie zu entwickeln, das gezielt die vorhandenen industriellen Flächen einbezieht;
- bestehende exzellente Kompetenzen im Bereich Cybersicherheit zu stärken und in ein landesweites Sicherheits- und Innovationskonzept einzubinden;
- alle landesrechtlichen Regelungen nach dem Vorbild Bayerns einer grundlegenden Überprüfung im Hinblick auf die veränderte Sicherheitslage in Europa zu unterziehen, insbesondere in den Bereichen Landesplanung und Raumordnung, militärisches Bauen und bauliche Erweiterungen sowie mit Blick auf den Zugang der Bundeswehr zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Rahmen sicherheitsrelevanter Projekte und der sicherheitspolitischen Bildungsarbeit der Bundeswehr an Schulen;
- sich auf Bundesebene für die Schaffung eines Förderprogramms einzusetzen, um Industriekapazitäten im Bereich Verteidigung aufzubauen, bevorzugt in Regionen, die durch ihre Wirtschaftsstruktur und ihre geografische Lage hierfür besonders geeignet sind;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Saarland bei künftigen Investitionen in die nationale Verteidigungsfähigkeit systematisch berücksichtigt wird – sowohl bei der Fertigung als auch bei Forschung und Ausbildung;
- sich auf Bundesebene für eine umfassende Modernisierung des Bevölkerungsschutzes und der zivilen Verteidigung einzusetzen, unter anderem durch die Umsetzung des Stärkungspaktes für den Bevölkerungsschutz, die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans für den Bevölkerungsschutz sowie ein flächendeckendes Schutzraumkonzept und Sirenenwarnnetz, regelmäßige Großübungen und Investitionen in moderne Ausrüstung für Katastrophenschutz.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.